

Antrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in die Vereinigten Arabischen Emirate stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung genehmigte im Zeitraum von 2000 bis 2009 Rüstungsexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate in Höhe von 1,4 Mrd. Euro (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2000 bis 2009). Allein im Jahr 2009 waren es Genehmigungen in Höhe von rund 540,8 Mio. Euro, unter anderem Genehmigungen für Torpedos, Sprengvorrichtungen, Handgranaten, Maschinenkanonen, Teile für Torpedos und amphibische Fahrzeuge.
2. Die Bundesregierung hat sich in ihren „Politischen Grundsätzen“ verpflichtet, bei der Entscheidung über Rüstungsexporte „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland [...] besonderes Gewicht“ beizumessen (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000).

In den Vereinigten Arabischen Emiraten werden grundlegende Menschen- und Bürgerrechte missachtet. Aus politischen Gründen festgenommene Personen werden oft ohne Anklageerhebung mehrere Monate lang in Gewahrsam gehalten, es gibt immer wieder Berichte über Folter und Misshandlungen von Inhaftierten, grausame und erniedrigende Körperstrafen, wie Auspeitschungen werden angewendet. Frauen werden rechtlich und in der Rechtspraxis benachteiligt (Amnesty International, Länderkurzbericht, 2006). So fehlt z. B. im nationalen Recht das Prinzip der Gleichheit. Frauen werden im Ehe-, Scheidungs-, Sorgerecht sowie bei den Bürgerrechten und im Strafrecht benachteiligt. Sie unterstehen der Vormundschaft ihrer Ehemänner (Concluding Observations of CEDAW United Arab Emirates, 5. Februar 2010 – CEDAW = Committee on the Elimination of Discrimination against Women). Bestimmten Gruppen von ausländischen Arbeitskräften werden grundlegende Menschen- und Arbeitsrechte systematisch vorenthalten (Human Rights Watch World Report 2011, United Arab Emirates).

3. Die Bundesregierung hat sich mit dem „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU dazu verpflichtet, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität einer Region als ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung über Rüstungsexporte zu beachten (Gemeinsamer Standpunkt, Artikel 2 Kriterium 4, 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008; GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

Die Vereinigten Arabischen Emirate liegen in einem Krisengebiet. Seit Jahrzehnten ist die Region von Konflikten – zum Teil auch offenen Gewaltkonflikten und Kriegen – geprägt.

Die Vereinigten Arabischen Emirate greifen auch in Konflikte in Nachbarländern ein, so zuletzt durch die Entsendung von 500 Polizeikräften zur Unterdrückung des Aufstandes in Bahrain.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in die Vereinigten Arabischen Emirate mehr zu erteilen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion